Detailansicht des Registereintrags

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. - Technisch-wissenschaftlicher Verein

Aktuell seit 12.11.2026 13:38:53

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000916
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	12.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	18.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Josef-Wirmer-Str. 1 - 3 53123 Bonn Deutschland Telefonnummer: +4922891885 E-Mail-Adressen: info@dvgw.de Webseiten: www.dvgw.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Robert-Koch-Platz 4 10115 Berlin Telefonnummer: +493079473660 E-Mail-Adresse: buero-berlin@dvgw.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
630.001 bis 640.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
2,03

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Gerald Linke**
   Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Dr. Wolf Merkel**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (22):

1. **Robert Ostwald**
2. **Berthold Niehues**
3. **Frank Dietzsch**
4. **Jörg Höhler**
5. **Björn Munko**
6. **Tilman Wilhelm**
7. **Markus Last**
8. **Olga Langolf**
9. **Marika Holtorff**
10. **Peter Frenz**
11. **Frank Gröschl**
12. **Dr. Daniel Petry**
13. **Fréderic Verrycken**
14. **Sarah Schönberger**
15. **Schwarz Stefanie**
16. **Dr. Dirk Waider**
17. **Johanna Kreienborg**
18. **Gunar Schmidt**
19. **Felix Wiedemann**

20. **Helena Ballreich**
21. **Prof. Dr. Gerald Linke**
22. **Dr. Wolf Merkel**

Gesamtzahl der Mitglieder:
13.582 Mitglieder am 31.12.2025, davon:
9.643 natürliche Personen
3.939 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):
1. BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
2. Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)
3. Forum für Zukunftsenergien e.V.
4. German Water Partnership e.V.
5. Weltenergierat Deutschland e. V.
6. Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
7. Wuppertaler Kreis e.V.
8. EUREAU European Federation of National Associations of Water Services

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):
Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Land- und Forstwirtschaft; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. ist ein technisch-wissenschaftlicher Verein. Zentrale Werte des DVGW sind seine Kompetenz und seine Objektivität Er ist innovativ, kooperativ und dem Gemeinwohl verpflichtet. Der Verein hat den Zweck, das Gas- und Wasserfach in technischer und technisch-wissenschaftlicher Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit, des Umwelt- und Verbraucherschutzes, des Vorsorgeprinzips, der Hygiene sowie von Qualitätsaspekten zu fördern. Darüber hinaus übernimmt er im Rahmen dieses Zwecks auch Auf-gaben in anderen Bereichen des Energiefachs. Der DVGW steht dazu in ständigem Austausch mit Vertretern von Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik und veranstaltet Fach- und Diskussionsveranstaltungen und ähnliche Austauschformate. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:
a) Ausarbeitung und Verbreitung des DVGW-Regelwerkes,
b) Mitarbeit an einschlägigen Normen,
c) Einrichtung und Unterhaltung des DVGW-Prüf- und Zertifizierwesens,
d) Einrichtung und Unterhaltung des DVGW-Sachverständigenwesens,

e) Sammlung, Auswertung und Verbreitung von technischen und technisch- wissenschaftlichen Kenntnissen, Untersuchungen, Betriebsergebnissen, technisch-statistischen Unterlagen, Schriften u.Ä.,
f) Anregung, Entwicklung, Durchführung und Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie technisch-wissenschaftlichen Arbeiten,
g) Entwicklung, Durchführung und Förderung von Maßnahmen der wissenschaftlichen und beruflichen Bildung und Information,
h) fachliche Zusammenarbeit sowie Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit anderen Institutionen im In- und Ausland (z.B. Politik, Ministerien, Behörden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbänden) und Verbrauchern,
i) fachliche Beratung von Mitgliedern und anderen einschließlich Erstattung und Vermittlung von Gutachten.
Der Verein ist bei seiner Arbeit und Beschlussfassung unabhängig und unparteiisch gegenüber politischen und wirtschaftlichen Interessen. Bei der Aufstellung des Regelwerkes und der Normen richtet sich die Tätigkeit des Vereins nach technisch-wissenschaftlichen Notwendigkeiten.

Konkrete Regelungsvorhaben (43)

1. **Ermöglichung der Entwicklung einer CO2-Transportinfrastruktur in Deutschland.**

   Beschreibung:
   Deutschland muss gemäß dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) bis zum Jahr 2045 das Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität erreichen. Zudem sollen nach dem Jahr 2050 negative Treibhausgasemissionen erreicht werden. Das BMWK schlägt für die Zielerreichung die Nutzung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Gesteinsschichten (Carbon Dioxide Capture and Storage, im Folgenden „CCS“) vor. Der DVGW befürwortet die Änderung des gesetzlichen Rahmens, um die Abscheidung, den Transport, die Nutzung und die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid zu ermöglichen, unter der Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406110002** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **Mindestanforderung a. d. Wiederverwendung kommunalen Abwassers für die landwirtschaftl. Bewässerung**

Beschreibung:
Der DVGW begrüßt die mit der Änderung des WHG geplante Ergänzung und Durchführung der Verordnung (EU) 2020/741 über Mindestanforderungen an die Wiederverwendung kommunalen Abwassers für die landwirtschaftliche Bewässerung. Aber er hält es für den vorsorgenden Schutz der Trinkwasserressourcen für zwingend erforderlich und möglich, bereits im WHG den Ausschluss der Wasserwiederverwendung auf die Schutzzone III von Wasserschutzgebieten und Trinkwassereinzugsgebiete gemäß WHG und TrinkwEGV auszuweiten.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 04.03.2024
Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406110003** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Übergangsregelung zu Sicherheitsanforderungen, Prüfungen von Umstellungsvorhaben**

Beschreibung:
§113c Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) „Übergangsregelungen zu Sicherheitsanforderungen;
Anzeigepflicht und Verfahren zur Prüfung von Umstellungsvorhaben“

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406110004** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Entfristung der Ausnahmegenehmigung für Aufbereitungsstoffe gemäß § 21 Abs. 5 TrinkwV**

Beschreibung:
Das Regelungsvorhaben sieht die Entfristung der befristeten Ausnahmegenehmigung für Aufbereitungsstoffe gemäß § 21 Abs. 5 der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) vor. Diese Ausnahmegenehmigung, die ursprünglich bis zum 31. Dezember 2025 befristet war, soll dauerhaft verlängert werden. Hintergrund ist die anhaltende Mangelsituation bei Aufbereitungsstoffen, die durch verschiedene Faktoren wie industrielle Prozessveränderungen, geopolitische Ereignisse und Rohstoffverknappungen verursacht wird. Die Entfristung soll Wasserversorgungsunternehmen rechtliche Sicherheit bieten und sicherstellen, dass auch bei geringeren Reinheitsgraden der Aufbereitungsstoffe die Trinkwasserqualität gemäß den Anforderungen der TrinkwV gewährleistet bleibt.

Betroffenes geltendes Recht:
TrinkwV 2023 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409300011** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. **Keine Überregulierung ggü. NIS-2, klare Zuständigkeiten, Anerkennung von Branchenstandards (vgl. § 30 (8) BSIG)**

   Beschreibung:
   Die NIS-2-Richlinie legt Maßnahmen fest, mit denen ein gemeinsames Cybersicherheitsniveau innerhalb der EU sichergestellt werden soll. Das NIS-2-UMSUCSG sieht u.a. vor, IT-Sicherheitsvorgaben und Meldepflichten für IT-Sicherheitsvorfälle auf mehr Unternehmen in mehr Sektoren auszuweiten sowie die IT-Sicherheit der Bundesverwaltung zu stärken.
   Das KRITISDachG setzt u.a. die gesetzlichen Mindestvorgaben im Bereich der physischen Sicherheit für Betreiber der Kritischen Infrastrukturen in allen Sektoren fest, um die Kritischen Infrastrukturen umfassend gegen Gefahren zu schützen. Ferner sollen diese Regelungen die bereits bestehenden Vorgaben im Bereich der Cybersicherheit Kritischer Infrastrukturen ergänzen.

   Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
   NIS-2UMSUCSG
   Datum des Referentenentwurfs: 07.05.2024
   Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   EnWG 2005 [alle RV hierzu]; BSIG 2009 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2409300012** (PDF - 5 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 28.05.2024 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen (GeoWG)**

   Beschreibung:

Das Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern (GeoWG) zielt darauf ab, die Genehmigungsverfahren für diese Anlagen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies soll durch eine uneingeschränkte Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses, Regelungen zum vorzeitigen Beginn, vereinfachte berg- und wasserrechtliche Genehmigungserfordernisse sowie verkürzte Beteiligungspflichten der zuständigen Behörden erreicht werden. Der DVGW weist jedoch darauf hin, dass der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung in Wasserschutzgebieten und Trinkwassereinzugsgebieten weiterhin gewährleistet sein muss.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13092 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
WHG 2009 [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409300060** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Umsetzung der EU-Gas/H2-Binnenmarkt-Richtlinie (2024/1788) in nationales Recht (hier: Energiewirtschaftsgesetz). Umsetzung der Artikel 56, 57 und 38**

Beschreibung:
Im Rahmen der „Koordinierungsstelle für die integrierte Netzentwicklungsplanung Gas und Wasserstoff“ (KO.NEP) haben Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) und Verteilnetzbetreiber (VNB) gemeinsam mit den Verbänden FNB Gas, BDEW, VKU, DVGW, GEODE und der Initiative H2vorOrt einen Arbeitskreis Netztransformation etabliert. In diesem erfolgt insbesondere eine Verzahnung der Netzentwicklungsplanung auf VNB- und auf FNB-Ebene, um ein abgestimmtes Prozessverständnis der Netzbetreiber zu erlangen.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2409300073** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.08.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2409300075** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. **DVGW-Handlungsempfehlungen zu Kraftwerksstrategie und Kraftwerkssicherheitsgesetz**

Beschreibung:
Der DVGW begrüßt die Vorlage von Eckpunkten für ein Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) zur Umsetzung der Kraftwerksstrategie (KWS) durch das BMWK und die Möglichkeit, diese zu kommentieren. Wasserstofffähige Kraftwerke und KWK-Anlagen ermöglichen in einem Stromsystem, welches immer größere Anteile Erneuerbare Energien integriert, die Bereitstellung gesicherter Leistung im Falle der nicht vorhandenen Versorgung durch Wind- und Solarenergie. Ein Aufbau dieser Kraftwerkskapazitäten ist daher eine wichtige Maßnahme für eine resiliente Transformation. In die Weiterentwicklung der Eckpunkte sollten insbesondere die weitere Aspekte einbezogen werden. Diese werden im Rahmen der DVGW-Stellungnahme im Detail ausgeführt.

Betroffenes geltendes Recht:
KWKG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2410230011** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für gesicherte Kraftwerksleistung**

Beschreibung:
Das Kraftwerkssicherheitsgesetz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ergänzt und verstärkt die Nationale Wasserstoffstrategie und zielt darauf ab, in substantiellem Umfang neue, steuerbare, moderne, hochflexible und klimafreundliche Erzeugungskapazitäten auf Basis von Wasserstoff zu schaffen. Die Wasserstoff-Nachfrage durch die Kraftwerke leistet dabei einen Beitrag für den Wasserstoffhochlauf insgesamt. Daneben sollen Langzeitstromspeicher und neue Stromerzeugungskapazitäten zur Versorgungssicherheit geschaffen werden. Der DVGW unterstützt die Verabschiedung eines Kraftwerkssicherheitsgesetzes, sieht aber Änderungsbedarf bei der Ausgestaltung des Gesetzes (siehe DVGW-Stellungnahme).

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für gesicherte Kraftwerksleistung (Kraftwerkssicherheitsgesetz)
Datum des Referentenentwurfs: 28.11.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]; KWKAusV [alle RV hierzu]; EnFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411280009** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. **Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundeswaldgesetzes**

Beschreibung:

Das Bundeswaldgesetz vom 8. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist (BWaldG gF), soll ergänzt werden, um insbesondere zentrale Herausforderungen, namentlich die Klima- und Biodiversitätskrise, in Bezug auf das Waldrecht angemessen zu adressieren und die Rahmenbedingungen für die Erhaltung der Wälder und vielfältigen, gesellschaftlich unverzichtbaren Ökosystemleistungen im Klimawandel an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundeswaldgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 29.11.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BWaldG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412020007** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.11.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

11. **Berücksichtigung aktueller wissenschaftliche Ergebnisse in der Systementwicklungsstrategie.**

Beschreibung:
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat am 15.11.2024 die Systementwicklungsstrategie (SES) 2024 veröffentlicht. Gleichzeitig hat das BMWK eine Konsultation zur SES 2024 gestartet. Die Konsultationsergebnisse dienen als Grundlage für die Entwicklung der nächsten Strategie (SES 2027), zu deren Vorlage die Bundesregierung gemäß § 12a EnWG verpflichtet ist

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu] ; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2501310003** (PDF - 15 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 31.01.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. **BNetzA-Festlegungsverfahren ZuBio (BK7-24-01-010). Regelungen zur Einspeisung von Biogas ins Gasnetz**

Beschreibung:
Wesentlichster Kritikpunkt ist das völlige Fehlen von Kriterien und Kostenbereichen (Kosten
etwa für den Netzanschluss, den Betrieb und etwaige Folgekosten) durch den Gesetzgeber sowie
fehlende Verweise auf bestehende oder zeitnah zu definierende Regelungen, die zu einem Versagen der Einspeisung aus wirtschaftlichen Erwägungen führen.
Art. 38 Abs. 4 RL (EU) 2024/1788 fordert die Definition der Verweigerungsgründe und -Bereiche
durch die Mitgliedsstaaten bis zum August 2026.
Das völlige Fehlen von klar definierten Kriterien führt aus Sicht des DVGW
- zu vermeidbaren Risiken und Spannungsverhältnissen, insbesondere für Netzbetreiber und Einspeiser bei der pressierenden Transformation der Gasnetze
- zu einer Rechtsunsicherheit.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502140001** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.02.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

13. **BNetzA-Festlegungsverfahren in Sachen Wasserstoff Ausgleichs- und Bilanzierungsgrundmodell (WasABi), BK7-24-01-014**

Beschreibung:
Mit dem Festlegungsverfahren soll der Zugang zu den Wasserstoffnetzen in Deutschland auf Basis der gesetzlichen Vorgaben des europäischen und nationalen Rechts näher ausgestaltet und konkretisiert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Festlegungsverfahren in Sachen Wasserstoff Ausgleichs- und Bilanzierungsgrundmodell (WasABi), 2. Konsultation
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502280001** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

14. **Entwurf einer Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung**

Beschreibung:
Die Stoffstrombilanzverordnung (StoffBilV) sollte einen nachhaltigen und ressourceneffizienten Umgang mit Nährstoffen in der Landwirtschaft fördern und Transparenz schaffen. Seit dem Wegfall zentraler Regelungen zum 31. Dezember 2022 kann sie diese Ziele jedoch nicht mehr erfüllen. Die verbleibenden Pflichten verursachen erheblichen bürokratischen Aufwand, ohne wirksame Steuerung zu gewährleisten. Daher wird die vollständige Aufhebung der Verordnung angestrebt, um rechtliche Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen. Das Vorhaben setzt eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um und ist Teil des Sofortprogramms der Bundesregierung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf der Aufhebungsverordnung vom 3. Juni 2025
Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

DüngG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506300020** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

15. **Verbändeanhörung: Gesetzentwurf zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes**

Beschreibung:
Durch dieses Gesetz soll die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid in unterirdischen Gesteinsschichten des Festlandsockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone zu kommerziellen Zwecken im industriellen Maßstab ermöglicht und ein einheitliches Zulassungsregime für alle Kohlendioxidleitungen geschaffen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 03.07.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2507040004** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

   Versendet am 15.09.2025 an:

   Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2509190005** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

16. **Verbändeanhörung: Referentenentwurf RED III Umsetzung in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze**

Beschreibung:
Der Gesetzentwurf setzt die planungs- und genehmigungsrechtlichen Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 in den Bereichen Windenergie auf See sowie Stromnetze um.
Es werden Änderungen im Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (Windenergie-auf-See-Gesetz, WindSeeG), im Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz) sowie im Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vorgenommen.

Betroffenes geltendes Recht:
WindSeeG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507080010** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

17. **Gesetzesentwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes**

Beschreibung:
Kernstück des Entwurfs ist eine Novelle des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, die u.a. der Umsetzung der

Elektrizitätsmarktdesignrichtlinie dient. Der Entwurf enthält zudem Regelungen zur Abwendung von Versorgungsunterbrechungen inner- und außerhalb der Grundversorgung sowie Regelungen für eine Übergangsversorgung in Mittelspannung und Mitteldruck.
Auf Grund der sehr knappen Frist wurde in der Stellungnahme nur das Messstellenbetriebsgesetz berücksichtigt

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1497 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften sowie zur rechtsförmlichen Bereinigung des Energiewirtschaftsrechts (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507290013** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

18. **Schutz der öffentlichen Wasserversorgung bei einer Beschleunigung der Wärmewende**

Beschreibung:
Der Gesetzentwurf greift die Vereinbarung im Koalitionsvertrag „schnellstmöglich ein verbessertes Geothermie-Beschleunigungsgesetz auf den Weg zu bringen“ auf. Zugleich soll damit ein Beitrag zur Erreichung des im Koalitionsvertrag verankerten Ziels der Bundesregierung geleistet werden, die Wärmeversorgung zu defossilisieren. Ziel des Gesetzentwurfs ist es daher, die Erschließung des energetischen Potentials der Geothermie, den Ausbau der klimaneutralen Wärme- und Kälteversorgung durch Wärmepumpen sowie den Transport und Speicherung von Wärme zu beschleunigen

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 382/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieanlagen,

Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1928 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
UVPG [alle RV hierzu]; VwGO [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507290012** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

19. **Beschleunigung der Entwicklung einer Wasserstoffinfrastruktur in Deutschland.**

Beschreibung:
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Juli 2025 den Referentenentwurf zum WassBG vorgelegt. Mit dem WassBG sollen klare Fristen gesetzt und Genehmigungsverfahren vereinfacht und schneller werden, um den der Markthochlauf von Wasserstoff deutlich zu beschleunigen

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2506 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
ROG 2008 [alle RV hierzu]; VwGO [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507290011** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

20. **Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze**

Beschreibung:
Dieser Gesetzentwurf setzt die planungs- und genehmigungsrechtlichen Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 in den Bereichen Windenergie auf See sowie Stromnetze um. Es werden Änderungen im Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (Windenergie-auf-See-Gesetz, WindSeeG), im Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz) sowie im Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vorgenommen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1491 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie (RED III) in den Bereichen Wind auf See und Stromnetze (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
WindSeeG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; NABEG [alle RV hierzu]; BKompV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507290010** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

21. **GEG technologieoffene, unbürokratische Gestaltung inkl. FAUNA**

Beschreibung:
Neufassung des GEG hin zu einer technologieoffenen, praktikablen, rechtssicheren, auf Klimaneutralität ausgerichteten Gebäude-Energiewende

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030001** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

22. **Änderung §14 KRITIS-DachG von einer verpflichtenden Nutzung des IT-Sicherheitsstandards zur optionalen Nutzung.**

Beschreibung:

Der DVGW schlägt für den Sektor Wasser eine Änderung des § 14 Absatz 2 Satz 2 KRITIS-DachG vor.

In Absatz 2 Satz 2 sprechen wir uns dafür aus, das Wort "sollen" durch das Wort "können" zu ersetzen. Darüber hinaus ist der Verweis auf § 30 Absatz 10 des BSI-Gesetzes zu korrigieren.

Um klarzustellen, dass – da, wo sinnvoll – ein vom BSI bereits anerkannter branchenspezifischer IT-Sicherheitsstandard auch als Grundlage eines branchenspezifischen Resilienzstandards gemäß KRITIS-Dachgesetz genutzt werden kann, aber nicht überall möglich ist, muss die Möglichkeit bestehen, einen davon unabhängigen branchenspezifischen Resilienzstandard gemäß § 14 Absatz 1 Satz 1 KRITIS-Dachgesetz zu erstellen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509160004** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

23. **Verbesserung der Zusammenarbeit von Netzbetreibern bei einer regionalen Transformationsplanung.**

Beschreibung:
Das Vorhaben sieht vor, im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) einen Verweis auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Netzbetreibern im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung (KoV) aufzunehmen. Ziel ist es, die regionale Transformationsplanung für Gas- und Wasserstoffnetze zu stärken, ohne eine gesetzliche Verpflichtung zur Kooperation einzuführen. Die Netzbetreiber sollen die Details der Zusammenarbeit vertraglich innerhalb der KoV regeln können. Dies ermöglicht eine

abgestimmte regionale Planung, die als Grundlage für den nationalen Netzentwicklungsplan dient und die Genehmigung durch die zuständige Behörde erleichtert

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 186/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511190007** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

24. **RefE zur EnWG-Novelle zur Umsetzung der EU-Gas/H2-Binnenmarkt-Richtlinie**

Beschreibung:
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hat am 04.11.2025 die

Verbändeanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpaketes eingeleitet. Der geltende Rechtsrahmen für den Erdgasbinnenmarkt umfassend weiterentwickelt sowie ein Ordnungsrahmen für erneuerbare Gase und Wasserstoff geschaffen, um die Dekarbonisierung der Energiemärkte und das Ziel der Klimaneutralität in der Europäischen Union weiter voranzutreiben. Damit liegt auch erstmals ein umfassender europäischer Ordnungsrahmen für den entstehenden Wasserstoffmarkt vor.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 186/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2511250001** (PDF - 21 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

25. **Erstellung eines Positionspapiers und einer Stellungnahme zum Entwurf der Düngegesetzesnovelle**

Beschreibung:
Mit unseren Regelungsvorhaben Positionspapier und Stellungnahme möchten wir auf notwendige Anpassungen im Düngegesetz und in der Düngeverordnung und auf notwendige Inhalte eines neuen Wirkungsmonitorings hinweisen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6135 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes
Zuständiges Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMLEH): Zweites Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
DüngG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2602110002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

2. **SG2602180004** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle SG dorthin]

26. **Abbau regulatorischer Hürden für den Wasserstoffhochlauf**

Beschreibung:
Das Vorhaben adressiert zentrale Hemmnisse für den Hochlauf von Wasserstoff: Überarbeitung der RFNBO-Regelungen, Anpassung der Vorgaben zu Low-Carbon-Wasserstoff, Korrekturen der nationalen FAUNA-Festlegung sowie Etablierung tragfähiger Markt- und Vertragsstrukturen.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603020009** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.02.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

27. **LDAR-Regeln an Verteilnetze anpassen, kein POD-Zwang, bewährte Messmethoden zulassen**

Beschreibung:
In der aktuellen Diskussion zum Durchführungsrechtsakt (IA LDAR) werden Rahmenbedingungen aus der Gasproduktion (Upstream) und dem Gasfernleitungstransport (Midstream) berücksichtigt und gleichzeitig die Technologieoffenheit auch für zukünftige Methoden eingeschränkt. Bis die technische Machbarkeit belegt ist, sollte auf bewährte Verfahren und Ausrüstungen aus der Sicherheitsüberwachung gesetzt werden

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603180006** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

28. **Gesetzesentwurf zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen (02.02.2026).**

Beschreibung:
Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den flächendeckenden Glasfaser- und Mobilfunknetzausbau mit gezielten gesetzlichen Vorgaben, wie einer Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sowie des Netzausbaus, entscheidend voranzubringen

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau (TKG-Änderungsgesetz 2026) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 02.03.2026
Federführendes Ministerium: BMDS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603300043** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

   Versendet am 27.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

29. **Begleitung des GModG zur Stärkung technologieoffener Wärmewende mit klimaneutralen Gasen.**

    Beschreibung:
    Der DVGW begleitet das Regelungsvorhaben zum Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) mit dem Ziel, eine technologieoffene, bezahlbare und sichere Wärmewende zu ermöglichen. Im Fokus stehen die Anerkennung der Potenziale bestehender Gasinfrastrukturen, der Einsatz klimaneutraler Gase wie Biomethan und Wasserstoff sowie flexible Transformationspfade im Gebäudesektor. Der DVGW bringt technische, energiewirtschaftliche und ordnungspolitische Expertise ein, insbesondere zur Ausgestaltung der Bio Treppe, der Grüngasquote, zu Nachweis und Zertifizierungssystemen sowie zu praktikablen Anforderungen an Mess und Datenerfassung. Zugleich weist der DVGW auf Regelungen hin, die Technologieoffenheit, Investitionssicherheit oder Praxistauglichkeit gefährden, etwa im Miet und Kostenrecht.

    Referentenentwurf:
    Eckpunkte für ein Gesetz zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz) [alle RV hierzu]
    Datum der Veröffentlichung: 20.11.2025
    1. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)
    2. Federführendes Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

    Betroffenes geltendes Recht:
    GEG [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:
    Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

30. **Referentenentwurf zur Neufassung der Rohrfernleitungsverordnung**

    Beschreibung:
    Die geltende Rohrfernleitungsverordnung verweist vielfach auf zwischenzeitlich geaenderte Regelwerke (u. a. UVPG, Gefahrstoffverordnung), wodurch Rechtsbezuege ins Leere laufen.

Zudem wurden Einstufung und Kennzeichnung von Stoffen inzwischen durch die CLP-Verordnung (EG Nr. 1272/2008) neu geregelt. Zur Wiederherstellung konsistenter und anwendbarer Verweise ist eine Novellierung erforderlich. Gleichzeitig sollen Verstaendlichkeit und Vollzugstauglichkeit durch klarere, praxisnahe Vorgaben verbessert werden. Aufgrund umfassender inhaltlicher und struktureller Aenderungen erfolgt die Neuregelung als Ablöseverordnung.

Referentenentwurf:
Entwurf einer Verordnung zur Neuregelung der Rohrfernleitungsverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 18.05.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
RohrFLtgV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606100001** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

31. **Anpassung derEU-Methanverordnung (MER)**

Beschreibung:
Gemeinsamer Appell der Verbände BDEW, DVGW, VCI und en2X für eine gezielte Anpassung der EU-Methanverordnung zur Sicherung der Energieversorgung. Die beteiligten Verbände bitten die Bundesregierung darin um ein Spitzengespräch. Ein gleichlautendes Schreiben ging an den Chef des Bundeskanzleramts, die Bundeswirtschaftsministerin und den Bundesumweltminister.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 31 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606100019** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

32. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve (Reservestärkungsgesetz ResStG) vom 21. Mai 2026**

Beschreibung:
Mit diesem Gesetz wird die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, den verlässlichen Einsatz der Reserve zu ermöglichen und damit den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Reserve (Reservestärkungsgesetz - ResStG) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 27.05.2026
Federführendes Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606180045** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

33. **Stellungnahme zum Referentenentwurf Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz Bw-IBG**

Beschreibung:
Ziel des Gesetzes ist es, Investitionen in militärische Infrastruktur zu steigern und zu beschleunigen sowie flankierende Änderungen in relevanten Einzelgesetzen vorzunehmen. Die öffentliche Wasserversorgung ist direkt betroffen: Militärisch genutzte Flächen sollen weitgehend aus Wasserschutzgebieten (§ 51 WHG) ausgenommen werden, zudem sollen

Behörden im Geschäftsbereich des BMVg unter bestimmten Bedingungen von Informationspflichten nach der TrinkwEGV befreit werden. Der DVGW lehnt die Herausnahme dieser Flächen aus Wasserschutzgebieten ab, da der Schutz von Trinkwasserressourcen nicht beeinträchtigt werden darf. Zudem fordert er eine präzisere Regelung der Informationsausnahmen, da effektives Risikomanagement Transparenz über potenzielle Gefährdungen erfordert.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf des Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 10.06.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WHG 2009 [alle RV hierzu]; TrinkwEGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606180047** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

34. **Der DVGW möchte im RefE des EEG 2027 dauerhaft tragfähige Rahmenbedingungen für den Hochlauf von Biomethan und Wasserstoff sichern.**

Beschreibung:
Der vorliegende Referentenentwurf zum EEG 2027 verfolgt das richtige Ziel, die Energiewende stärker an Systemdienlichkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit auszurichten. Aus Sicht des DVGW darf dies jedoch nicht zu Lasten der für ein klimaneutrales Energiesystem unverzichtbaren erneuerbaren Gase gehen. Biomethan und grüner Wasserstoff werden künftig eine zentrale Rolle für die Dekarbonisierung von Strom-, Wärme- und Industriesektor sowie für die Bereitstellung flexibler Erzeugungs- und Speicherkapazitäten einnehmen. Der DVGW sieht daher insbesondere bei den vorgesehenen Änderungen der Förder- und Ausschreibungsinstrumente Anpassungsbedarf, um verlässliche Investitionsbedingungen für den Hochlauf dieser Technologien zu gewährleisten.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor
Datum des Referentenentwurfs: 17.07.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnFG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607220017** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

35. **NECP: Klimaneutrale Gase, Wasserstoff und Versorgungssicherheit stärken**

Beschreibung:
Im Rahmen der Fortschreibung des Nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) setzt sich der DVGW für die Stärkung von Versorgungssicherheit, Resilienz und Klimaschutz ein. Hierzu sollen klimaneutrale Gase wie Wasserstoff, Biomethan und deren Derivate stärker in den Bereichen Wärme, Industrie und Stromversorgung eingesetzt werden. Erforderlich sind der Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur, Elektrolysekapazitäten und Wasserstoffspeichern sowie die Förderung von Sektorkopplungstechnologien. Darüber hinaus werden gesicherte Leistung durch wasserstofffähige Kraftwerke und Speicher sowie verlässliche Importstrukturen für Wasserstoff und erneuerbare Gase als wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende und die Dekarbonisierung energieintensiver Anwendungen angesehen.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

36. **Der DVGW will mit seinen Änderungsvorschlägen den Schutz der Trinkwasserressourcen sicherstellen.**

Beschreibung:
Der vorliegende Entwurf zur Novelle der Ersatzbaustoffverordnung beruht im Wesentlichen auf der Bundesratsentschließung Drucksache 237/23 (Beschluss) sowie den Handlungsempfehlungen aus der Evaluierung. Das Ziel des Verordnungsentwurfes ist es, die Ersatzbaustoffverordnung praxisnäher auszugestalten und die Verwertung von mineralischen Ersatzbaustoffen zu erleichtern. Der DVGW legt in seiner Stellungnahme Änderungsvorschläge vor, mit denen er sicherstellen möchte, dass die im Entwurf vorgesehenen Vereinfachungen, Beschleunigungen und Klarstellungen nicht zu Lasten des

Gewässerschutzes und des Schutzes der Trinkwasserressourcen in Wasserschutzgebieten gehen.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf einer Verordnung zur Novelle der Ersatzbaustoffverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 15.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

37. **Verbesserung der Sicherheitsvorgaben für den Bau und Betrieb von Kohlendioxidleitungen.**

Beschreibung:
Mit der Kohlendioxidleitungsverordnung sollen Sicherheitsvorgaben für den Bau und Betrieb von Kohlendioxidleitungen sowie deren Überprüfung bundesweit einheitlich geregelt werden

Referentenentwurf:
Verordnung über Kohlendioxidleitungen (Kohlendioxidleitungsverordnung - KLtgV) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 18.08.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608310012** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

38. **Effiziente Nutzung der offshore Windkraft, insb. durch flexible Regeln zu Elektrolyse-Kapazitäten.**

Beschreibung:
Das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) ist das zentrale Instrument für den Ausbau der Windenergie auf See. Der Referentenentwurf reformiert das WindSeeG mit dem Ziel, den Offshore-Wind-Ausbau kosteneffizienter und resilienter zu gestalten. Vorgesehen sind u. a. ein zweistufiges Ausschreibungsmodell, neue Präqualifikationskriterien für Cyber- und Datensicherheit sowie Resilienz und Anpassungen bei Netzanbindung und Flächenplanung. Für Wasserstoff öffnet der Entwurf sonstige Energiegewinnungsbereiche für netzgekoppelte

Elektrolyse und hybride Konzepte. Elektrolyse auf Windenergieflächen bleibt als Pilotanwendung auf 2,5 % der zugewiesenen Netzanbindungskapazität begrenzt.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung und Absicherung des Ausbaus der Windenergie auf See (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 11.08.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WindSeeG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608310011** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

39. **Änderung §40 MsbG: Frist zur Anbindung bis 2030, Nutzung eigener SMGW für Gas forcieren.**

Beschreibung:
Ziel des Regelungsvorhabens ist die Anpassung der Regelungen zum Einsatz von SMGW im Gasbereich. Dabei soll die eigenverantwortliche Verwaltung und Nutzung eines eigenen SMGW für Gas ermöglicht werden, um die prozessuale Abhängigkeit vom Messstellenbetrieb der Sparte Strom zu vermeiden. Zudem sollen die Fristen im Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) an die bestehenden technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Vorgeschlagen wird insbesondere die Verschiebung der Frist nach § 40 MsbG von 2028 auf 2030 sowie eine entsprechende Anpassung der korrespondierenden Frist in § 20 Abs. 2 MsbG. Die Fristverlängerung soll gleichermaßen für Erdgas- und Wasserstoffanwendungen gelten.

Betroffenes geltendes Recht:
MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

40. **Wahrung von Versorgungs-, Betriebs- und Cybersicherheit bei gleichzeitigem Erhalt eines effizienten Gigabitausbaus**

Beschreibung:
Der DVGW setzt sich im Rahmen der Gigabit-Grundbuch-Verordnung dafür ein, die besonderen Schutzbedürfnisse von Gas- und Wasserinfrastrukturen als Kritische Infrastrukturen angemessen zu berücksichtigen. Gefordert werden insbesondere Ausnahmen von Datenlieferungs- und Offenlegungspflichten für sicherheitsrelevante Infrastrukturinformationen, eine Klarstellung zum Ausschluss von Wasserversorgungsanlagen von Mitnutzungs- und Informationspflichten sowie eine Begrenzung der Meldepflichten für Baustellen auf tatsächlich koordinierungsrelevante Vorhaben. Zudem sollen betriebsinterne Telekommunikationsnetze von Versorgungsunternehmen, die dem sicheren Netzbetrieb dienen, von Offenlegungspflichten ausgenommen werden.

Betroffenes geltendes Recht:
GGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610140003** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

41. **Umsetzung der EU-Gas/H2-Binnenmarkt-Richtlinie (2024/1788) in nationales Recht (hier: Energiewirtschaftsgesetz)**

Beschreibung:
Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets vorgelegt. Der geltende Rechtsrahmen für den Erdgasbinnenmarkt soll umfassend weiterentwickelt sowie ein Ordnungsrahmen für erneuerbare Gase und Wasserstoff geschaffen werden, um die Dekarbonisierung der Energiemärkte und das Ziel der Klimaneutralität in der Europäischen Union weiter voranzutreiben. Damit liegt auch erstmals ein umfassender europäischer Ordnungsrahmen für den entstehenden Wasserstoffmarkt vor.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/5440 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610260007** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

42. **Erweiterung der Messgeräterichtlinie und Anpassung weiterer eichrechtlicher Regelungen.**

Beschreibung:
Mit der neuen Verordnung wird das Targeted Technical Amendment der Messgeräterichtlinie umgesetzt. Der Anwendungsbereich wird u.a. auf Ladeinfrastruktur und Zapfsäulen für Druckgastankstellen erweitert. Konformitätsbewertungsstellen können künftig Zertifikate für verschiedene Zähler nach der geänderten Richtlinie ausstellen, wodurch insbesondere Hersteller von Ladeinfrastruktur harmonisierte europäische Verfahren nutzen können.

Referentenentwurf:
Fünfte Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 20.10.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
MessEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611090001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 28.10.2026 an:

   Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

43. **Regelungen für ein öffentliches Register für Kohlendioxidleitungen und Kohlendioxidspeicher**

    Beschreibung:
    Das KSpTG enthält in § 6 die Vorgabe, dass Informationen zu CO2-Transportleitungen und -Speichern in einem öffentlich einsehbaren Register erfasst werden. Das KSpTG sieht in Bezug auf das Register die Möglichkeit für weitere rechtliche Detailregelungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vor.

    Betroffenes geltendes Recht:
    KSpG [alle RV hierzu]

    Interessenbereiche:
    Energienetze [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (65):

1. **BMBF**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
   ERWAS - Verbundprojekt Demo-BioBZ: Entwicklung und Demonstration einer energieeffizienten bio-elektrochemischen Abwasserbehandlung im technischen Maßstab mit Einhaltung gesetzlicher Anforderungen zur Ablaufqualität; Teilprojekt 4

2. **BMFTR**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Bonn
   Betrag: 370.001 bis 380.000 Euro
   Verbundvorhaben TransHyDE_UP2: GETH2: Infrastrukturelle und betriebstechnische Aspekte bei der Umstellung von Erdgastransportleitungen auf Wasserstoffbetrieb und beim Neubau von Wasserstoffnetzen - Teilvorhaben DVGW: Wissenschaftliche Untersuchungen zu Aspekten der Gasbeschaffenheit und der Volumenstrommessung

3. **BMFTR**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro
Verbundvorhaben TransHyDE_FP1: Systemanalyse zu Transportlösungen für grünen Wasserstoff – Teilvorhaben des DVGW: Analyse von PtX-Bereitstellungsoptionen und Gasinfrastrukturbedarf für den Transport von grünem Wasserstoff, EE-Methan und CO2

4. **BMFTR**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Bonn
   Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
   Verbundvorhaben H2Mare_VB3: TransferWind – H2Mare Forschungs-Transfer – Teilvorhaben: Betrachtung der Aspekte bei der Konzeptionierung einer offshore PtX-Plattform in Bezug auf Umwelt, Gasinfrastruktur und Wassermanagement sowie Unterstützung der wissenschaftlichen Kommunikation zwischen den Verbundvorhaben

5. **BMFTR**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Bonn
   Betrag: 1.780.001 bis 1.790.000 Euro
   Verbundvorhaben H2Mare_VB2: PtX-Wind – Offshore Power-to-X-Prozesse – Teilvorhaben: Erforschung der Offshore-Erzeugung von verflüssigtem Methan, der CO2-Bereitstellung aus Meerwasser, Untersuchung der H2-Produktion mithilfe der Meerwasserelektrolyse und das Wassermanagement auf einer Offshore Plattform

6. **Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Stuttgart
   Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
   Förderung von Bioraffinerien zur Gewinnung von Rohstoffen aus Abfall und Abwasser - Bio-Ab-Cycling

7. **Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Stuttgart
   Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
   "In diesem Projekt wollen wir eine Abwasserbasierte Bioraffinerie aufbauen, in der wir die kommunale Abwasseraufbereitung mit der Produktion von Wasserstoff, Ammonium und
   Biopolymeren verbinden."

8. **BMWE**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
   Verbundvorhaben: EnEff:Stadt: HyBEST - Innovative Wasserstoff-Konzepte in Bestandsclustern; Teilvorhaben: digitaler Zwilling Karlsruhe

9. **BMWK (BMWi)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
   Verbundvorhaben "RegioTransH2O - Regionale THG-Null-Strategien am Beispiel der Modellregion Oberschwaben; Teilvorhaben: Energiemodellierung"

10. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro
    Verbundvorhaben MemKoWi - Membranverfahren zur Abtrennung von Kohlendioxid und Wasserstoff aus Industriegasen; TP: Prozessanalysen, Membrancharakterisierungen, Degradationsuntersuchungen und Unterstützung bei Auslegung der transportablen modularen Membranprüfstände

11. **BMV**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
    NIP II - FuE - Verbund: Entwicklung und Validierung einer Wasserstoffqualitätsanalytik gemäß ISO 14687:2019.

12. **BMWK (BMWi)**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
    Entwicklung eines Überwachungssystems für eine effiziente Erkennung von Biofouling in Umkehrosmoseanlagen

13. **BMFTR**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Bonn
    Betrag: 280.001 bis 290.000 Euro
    Verbundvorhaben ENSURE3: Neue EnergieNetzStruktURen für die Energiewende – Teilvorhaben DVGW

14. **Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg**
    Deutsche Öffentliche Hand – Land
    Stuttgart
    Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
    Ermittlung von Rahmenbedingungen für die Nutzung von biologisch gereinigtem Abwasser für die Wasserstoffelektrolyse - Anforderungen für die weitergehende Aufbereitung, Anfall und Behandlung von Abwasserströmen

15. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Verbundvorhaben Thermion Extraktion von Lithium aus thermalen Solen; Teilvorhaben: Entwicklung von Vor- und Nachbehandlungsstartegien für die Rückgewinnung von Lithium

16. **BMFTR**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro
TG: SCHUTZGRUND - Untersuchungen zum Schutz des Untergrundes vor modifizierten Geothermalfluiden; Leitantrag; Vorhaben: Einfluss der Wertstoffextraktion auf die Zusammensetzung von geothermalen Fluiden

17. **Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Stuttgart
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Machbarkeitsstudie zur bioökonimischen Verwertung von organischem Kohlenstoff und Stickstoff auf der Kläranlage Ditzingen, Teil 3

18. **EU**
Europäische Union
Brüssel
Betrag: 570.001 bis 580.000 Euro
"Zero pollution of Persistent, Mobile substances"

19. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 250.001 bis 260.000 Euro
"Grundwasser-Projekt ArNO: Nitratbelastung von Einzugsgebieten - Eignungder verwendeten Grundwassermessstellen zur Ermittlung der Nitratbelastung unter Berücksichtigung historisch erzeugter Nitrateinträge"

20. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro
"LURCH - Verbundprojekt PFClean: Innovatives modulares System zur nachhaltigen Reduzierung von PFAS-Kontaminanten aus Boden und Grundwasser, Teilprojekt 2"

21. **BMUV**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro
"Verbundprojekt: Neue Wasserressourcen und innovative Abwasserbehandlung für aride Metropolregionen am Beispiel Lima"

22. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin
Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
Wasserwiederverwendung mittels kontrollierter Grundwasseranreicherung und solarbasierter Membrantechnik zur Stützung der lokalen Wasserresourcen in ariden Metropolregionen am Beispiel Lima, Peru

23. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro
"ELARIA: Entfernungseffizienz und Risikobewertung von Antibiotikaresistenzen, Pathogenen und Fäkalindikatoren bei der weitergehenden Abwasserbehandlung (Deutsch-Israelische Wassertechnologie Kooperation."

24. **EU**
Europäische Union
Brüssel
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
"Enhanced In Situ Bioremediation for Contaminated Land Remediation"

25. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
"Überwachung von neu auftretenden Krankheitserregern und Antibiotikaresistenzen in aquatischen Ökosystemen"

26. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
BiodivKI-2: KI-gestützte Erfassung und Prognose der Biodiversität und Wasserqualität in Trinkweasser-Reservoiren (IQ-Wasser-2) - Biodiversitäts- und Wasserqualitätsprognose

27. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
"Grundwasser-Projekt ArNO: Nitratbelastung von Einzugsgebieten - Eignung der verwendeten Grundwassermessstellen zur Ermittlung der Nitratbelastung unter Berücksichtigung historisch erzeugter Nitrateinträge"

28. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

"Bioökonomie International 2024: ChloroBioRem - Bioaugmentation und Stimulierung der funktionellen Biodiversität in neuen Verfahrenskonzepten zur biobasierten Sanierung von Chlorethen-kontaminiertem Grundwasser"

29. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
    "ELARIA: Entfernungseffizienz und Risikobewertung von Antibiotikaresistenzen, Pathogenen und Fäkalindikatoren bei der weitergehenden Abwasserbehandlung (Deutsch-Israelische Wassertechnologie Kooperation."

30. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
    "BiodivKI: KI-gestützte Erfassung und Prognose von der Biodiversität und Wasserqualität in Trinkwasser-Reservoiren (IQ-Wasser)"

31. **Bayrisches LfU**
    Deutsche Öffentliche Hand – Land
    München
    Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
    Demonstration eines Nutzwassereinsatzes für eine alternative Bewässerung städtischen Grüns ("Nutzwasser für städtisches Grün")

32. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
    "Bioökonomie International 2024: ChloroBioRem - Bioaugmentation und Stimulierung der funktionellen Biodiversität in neuen Verfahrenskonzepten zur biobasierten Sanierung von Chlorethen-kontaminiertem Grundwasser"

33. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
    "„KeraRes - Layer-by-Layer-beschichtete Keramikmembranen für die ressourceneffiziente Erzeugung von Trink- und Brauchwasser“

34. **BMWK-ZIM**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
    "Kultivierung von Cyanobakterien und Bakteriophagen, Entwicklung von Labornachweismethoden, Verfizierung und in situ-Anwendung der Analysemethoden."

35. **DFG**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Bonn
    Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
    "Entwicklung und Anwendung nicht pathogener Organismen und extrazellulärer DANN zur Vorsorge von Transportund Rückhalt von pathogener Organismen und antibiotkaresistenter Gene im Grundwasser"

36. **Bayrisches Landesamt für Umwelt**
    Deutsche Öffentliche Hand – Land
    München
    Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
    Demonstration eines Nutzwassereinsatzes für eine alternative Bewässerung städtischen Grüns ("Nutzwasser für städtisches Grün")

37. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
    "WASA - Verbundprojekt WaMiSAR: Nachhaltiges und klimaangepasstes Wassermanangement im Bergbau der Region südliches Afrikas, Teilprojekt 5."

38. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
    "„KeraRes - Layer-by-Layer-beschichtete Keramikmembranen für die ressourceneffiziente Erzeugung von Trink- und Brauchwasser“
    "

39. **BMWE**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
    Entfernung von PFAS aus Grund- und Abwässern durch Elektrosorption /-desorption an modifizierten Aktivkohlen und elektrochemischen Abbau

40. **BMWK-ZIM**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
    Entwicklung einer Herkunftsanalytik von Trifluoressigsäure (TFA) im Trink- und Grundwasser mittels Isotopen-Signatur. Teilprojekt: Untersuchung der biologischen, chemisch-oxidativen und elektrochemischen Transformation von PFAS-Vorläufersubstanzen.

41. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
"Digital GreenTech 2 - Verbundprojekt DIWA: Digitale, vernetzte und interaktive Wasserqualitätsüberwachung, ein Konzept für autonome Frühwarnsysteme zum Gewässerschutz; Teilprojekt 2."

42. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
"Digital GreenTech 2 - Verbundprojekt DIWA: Digitale, vernetzte und interaktive Wasserqualitätsüberwachung, ein Konzept für autonome Frühwarnsysteme zum Gewässerschutz; Teilprojekt 2."

43. **BMWE-ZIM**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Entwicklung eines lebend-tot-Nachweises für Sulfat-Reduzierer mittels Flowcytometrie und eines aktiv-inaktiv Nachweises von Sulfat-Reduzierern mittels PCR / Klein-skalige Laborversuche zur ISCO mit Tensid-Einsatz und Eisen-Aktivatoren

44. **BMG**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Projekt "WSP - Klimaresilienz" Riskiomanagement unter Berücksichtigung von klimawandelinduzierten Risiken.

45. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
"KMU-innovativ Verbundprojekt TAUWIS: Teilautonomes Unterwasser-Inspektionssystem zur Infrstrukturdatenerfassung, Teilprojekt 1"

46. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
BiodivKI-2: KI-gestützte Erfassung und Prognose der Biodiversität und Wasserqualität in Trinkweasser-Reservoiren (IQ-Wasser-2) - Biodiversitäts- und Wasserqualitätsprognose

47. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Resilienzen stärke: Flexibilisierung und Innovationen als Treiber für eine zukunftsfähige Wasserversorgung in Kassel - Flexilienz

48. **EU**
    Europäische Union
    Brüssel
    Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
    """A transnational strategy extending the role of roads - Promoting climate change adaptation and disaster risk prevention, resilience, taking into
    account eco-system based approaches to support rural water systems."""

49. **EU**
    Europäische Union
    Brüssel
    Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
    A transnational strategy extending the role of roads - Promoting climate change adaptation and disaster risk prevention, resilience, taking into account eco-system based approaches to support rural water systems.

50. **BMWK-ZIM**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
    "Kultivierung von Cyanobakterien und Bakteriophagen, Entwicklung von Labornachweismethoden, Verfizierung und in situ-Anwendung der Analysemethoden."

51. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
    "Kultivierung von bisher unkultivierten Mikroorganismen aus verschiedenen aquatischen Lebensräumen - TP B"

52. **BMWK-ZIM**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
    "Entwicklung eines innovativen Bioaktivkohlefilters zur optimierung on-site Aufbereitung von Chlorethen-belasteten Grundwässern durch Stimulation des aerob-produktiven Chlorethen-Abbaus"

53. **BMBF**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
    Verbundprojekt Zukunftstadt (Umsetzungs- und Verstetigungsprojekt): Flexible Utility - Mit sozio-technischer Flexibilisierung zu mehr Klimaresilienz und Effizienz in städtischen Infrastruktur (FLEXIBILITY) - Teilprojekt 4: Effekte dezentraler Wasserspeicher auf die Klimaresilienz von Trinkwassernetzen"

54. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Resilienzen stärke: Flexibilisierung und Innovationen als Treiber für eine zukunftsfähige Wasserversorgung in Kassel - Flexilienz

55. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
"KMU-innovativ Verbundprojekt TAUWIS: Teilautonomes Unterwasser-Inspektionssystem zur Infrstrukturdatenerfassung, Teilprojekt 1"

56. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
"WASA - Verbundprojekt WaMiSAR: Nachhaltiges und klimaangepasstes Wassermanangement im Bergbau der Region südliches Afrikas, Teilprojekt 5."

57. **BMWK-ZIM**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
"Entwicklung eines innovativen Bioaktivkohlefilters zur optimierung on-site Aufbereitung von Chlorethen-belasteten Grundwässern durch Stimulation des aerob-produktiven Chlorethen-Abbaus"

58. **BMWE**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
"Portal-Green-II - Entwicklung von Leitfäden zum Aufbaueiner Wasserstoffinfrastruktur zur Integration erneuerbarer Energien"

59. **EU**
Europäische Union
Brüssel
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
The Water4All Partnership -Water Security for the planet- is a funding programme for scientific research in freshwater. It aims to tackle water challenges to face climate change, help to achieve the United Nations' Sustainable Development Goals and boost the EU' s competitiveness and growth. It is co-funded by the European Union within the frame of the Horizon Europe programme (a key funding programme for research and innovation). The Partnership duration is for seven years from 2022.

60. **BMWE**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin
Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro
Die Erstellung der notwendigen technischen Regeln für den Wasserstoffhochlauf

61. **BMWE**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 560.001 bis 570.000 Euro
    Die Erstellung der notwendigen technischen Regeln für den Wasserstoffhochlauf

62. **BMWE**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
    "Portal-Green-II - Entwicklung von Leitfäden zum Aufbaueiner Wasserstoffinfrastruktur zur Integration erneuerbarer Energien"

63. **BMWE**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 340.001 bis 350.000 Euro
    Die Erstellung der notwendigen technischen Regeln für den Wasserstoffhochlauf

64. **BMFTR**
    Deutsche Öffentliche Hand – Bund
    Berlin
    Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
    Für die praktische Einführung der in TransHyDE adressierten Transport-, Verteil- und Speicheroptionen
    für Wasserstoff bzw. andere chemische Energieträger bedarf es neben den technischen und regulatorischen Voraussetzungen auch einheitliche Vorgaben in Form von Normen, Standards und Zertifizierungsprogrammen.
    In diesem Teilprojekt sollen daher diese Aspekte ganzheitlich untersucht werden, um Regelungslücken aufzuzeigen und Lösungsansätze zu entwickeln.

65. **EU**
    Europäische Union
    Brüssel
    Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
    Horizon Europe The European Hydrogen Academy

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
23.960.001 bis 23.970.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

GuV-2025.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Compliance-Verhaltenkodex-DVGW_Dezember-2022_final.pdf